

Jugendausschuß...

Fortsetzung von Seite 17

von deren Existenz er häufig wegen der guten Tarnung nichts wisse. Allein im Bereich Münster seien 6000 bis 7000 Disketten begutachtet worden und jeder Jugendliche habe bis zu 100 Tauschpartner. Bei seiner Arbeit habe er feststellen können, daß bei Jugendlichen kein einseitiges Interesse an Computerspielen mit rechts- oder linksextremistischem Gedankengut erkennbar sei, sondern daß der Reiz eines Spieles lediglich durch ausgesprochene Verbote erhöht würde. Da in letzter Zeit kaum neue Spiele verbreitet worden seien, gehe er davon aus, daß sich die Aktivitäten nicht verstärkt hätten, jedoch dürfe die Gefährdung von Jugendlichen durch Computerprogramme nicht unterschätzt werden.

Der Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales schlug im Verlauf der anschließenden Diskussion vor, dem Ausschuß zur weiteren Beratung dieser Thematik Berichte über die Verbreitung jugendgefährdender Computerspiele sowie über die Möglichkeiten politischen Handlungsbedarfs zur Verfügung zu stellen. Reinhold Hemker (SPD) führte aus, die Erfahrungsberichte hätten gezeigt, daß die gesamte Problematik nicht nur auf der mangelnden Bewältigung der Vergangenheit beruhe, sondern tief in die Jugendpsychologie hineinreiche. Es sei unerlässlich, sich auf noch breiterer Ebene weiterhin mit dieser Thematik auseinanderzusetzen.

Antonius Rüsenberg (CDU) schloß sich diesem Vorschlag an, wies jedoch darauf hin, daß es weniger um die Unterscheidung von rechts- bzw. linksextremistischer Tendenzen, sondern in erster Linie um die Auseinandersetzung mit den eigentlichen Ursachen für Extremismus allgemein gehe.

Ausschußvorsitzender Helmut Hellwig (SPD) stellte fest, daß der Ausschuß sich auch im Rahmen seiner weiteren Arbeit mit der Problematik extremistischer Tendenzen auseinandersetzen werde und bat in diesem Zusammenhang darum, daß Personen und Institutionen, die sich mit dieser Thematik beschäftigen, dem Ausschuß weiterhin Unterlagen sowie Informationsmaterial zur Verfügung stellen mögen. (Interessierte Leser können das Material, das zur Vorbereitung der Sitzung zusammengestellt wurde, beim Ausschußsekretariat im Landtag anfordern.)

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Karl Josef Denzer
Platz des Landtags 1, 4000 Düsseldorf 1,
Postfach 50 07.

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 884 2303, 884 2304 und 884 2545, btx: # 568 01*

Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Reinhard Grätz MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ruth Witteler-Koch MdL (F.D.P.), Stellvertretende Fraktionsvorsitzende; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Thomas Kemper (CDU), Pressesprecher, und Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Herstellung: Triltsch Druck und Verlag, Düsseldorf
ISSN 0934-9154

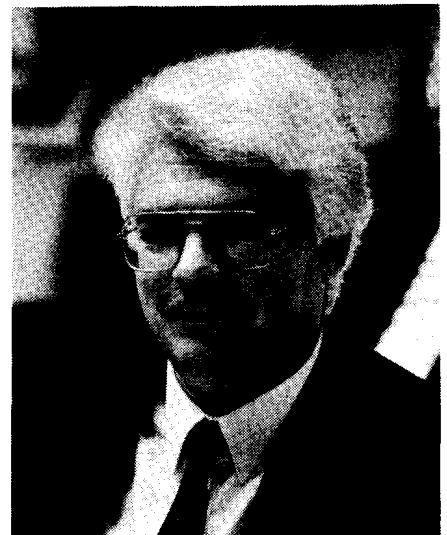
Porträt der Woche

Dichtgedrängt stapeln sich die schwarzen Aktenordner im winzig-kleinen Büro des liberalen Landtagsabgeordneten, der quasi über Nacht Schlagzeilen machte. Heinz Lanfermann, erst am 27. Mai 1988 — seinem 38. Geburtstag — in den Landtag nachgerückt, leitet den Parlamentarischen Untersuchungsausschuß zur Aufarbeitung des Gladbecker Geiseldramas. Und der gelernte Richter am Landgericht Duisburg ist sich der Herausforderung dieser Aufgabe durchaus bewußt: „Das Geschehen in Gladbeck hat bundesweit Aufmerksamkeit erregt. Nun müssen wir unseren Gesetzauftrag erfüllen und mögliche Fehler und Versäumnisse aufklären“. Bei aller Neigung für Expressionen, die im parlamentarischen Alltag immer mal durchbricht, versteht Lanfermann seine Funktion als Vorsitzender des ganzen Ausschusses — sicher keine leichte Aufgabe angesichts der Aufregtheiten der letzten Monate.

Schon drei Tage nach der Vereidigung hatte der Oberhausener seinen ersten Auftritt im Landtag. Und seit dieser Jungferrede beschäftigt den F.D.P.-Abgeordneten ein Thema: Die Politik des nordrhein-westfälischen Innenministers Herbert Schnoor (SPD). Und zumindest für die F.D.P. wurde der Nachrücker Heinz Lanfermann zum Glücksgriff, kannte er sich doch blendend aus in der nicht immer durchschaubaren Gesetzes-Materie. Der mit einer Richterin verheiratete Jurist hatte sich nach seinem Studium in Bonn mit Fragen des Zivilrechts befaßt, später dann im Strafrecht reüssiert. 1985/86 wurde Lanfermann zum Bundesminister der Justiz nach Bonn abgeordnet. Und nun in den Landtag, der „kein kurzfristiges Intermezzo“ werden soll.

Seit 1975 ist der Abgeordnete Mitglied der F.D.P., seit 1980 im Kreisverband Oberhausen aktiv. „Es ist schwer für uns im Ruhrgebiet“, blickt Lanfermann auf die 2,9 Prozent, die die Liberalen bei der Kommunalwahl 1984 in seinem Wahlkreis erreichten. Bei der Bundestagswahl waren es zuletzt schon 4,5 Prozent. Deshalb hofft Lanfermann auf den Einzug der Liberalen in den Oberhausener Rat — und kämpft dabei selbst — um ein Mandat. All dies kostet Zeit. Zeit, die fürs Hobby fehlt. Heinz Lanfermann ist leidenschaftlicher Schachspieler, und dazu sogar ein gar nicht einmal so schlechter. Immerhin brachte es der stämmige Politiker mit dem weißen Haar bis zum Vereinsmeister und nahm in der Vergangenheit auch an Turnieren in Berlin und Zürich teil. Dazu bleibt nun keine Zeit mehr. Und da auch die eigene Frau in der F.D.P. mitmischte, „findet ein Teil des Familienlebens auf Parteitagen statt“.

Neben Plakaten des Expressionisten Kandinsky schmücken Portraits des F.D.P.-Landesvorsitzenden Jürgen W. Möllemann das Abgeordnetenbüro E6B46. „Auch Möllemann hat Fehler, aber ich halte viel von ihm. Er hat den Landesverband wieder zusammengeführt“, verteidigt Lanfermann die Kunstwerke auf weißer Wand. Und wie entschuldigend: „Außerdem stammt die Collage mit den Möllemann-Bildern von einer Parteifreundin.“ Lanfermann ist mit seiner Partei im reinen, hat sie ihn doch in kürzester Zeit nach oben



Heinz Lanfermann (F.D.P.)

geschwemmt. Der Nachrücker lobt das gute Klima in der 14köpfigen F.D.P.-Fraktion, die ihn hervorragend aufgenommen und ihn sofort mit wichtigen Aufgaben betraut habe. „In einer kleinen Fraktion kommt der Aufstieg schneller“, hat der Jurist am eigenen Leibe erfahren. Allerdings muß in der Mini-Fraktion auch mehr gearbeitet werden, weil wenige viel machen müssen.

Zur Erleichterung dieses Paketes kommt Heinz Lanfermann sein zweites Hobby durchaus gelegen. Der Abgeordnete hat sein Büro mit modernsten Computern ausgerüstet, die den „Dialog“ zwischen seiner Arbeitsstätte und der Außenwelt erleichtern. Das sichert Freiräume, die für die politische Arbeit genutzt werden können. Denn der Liberale ist mit Herz und Seele ein homo politicus, den politische Einflußmöglichkeiten reizen — selbst wenn die Oppositionsrolle im Landtag Grenzen setzt. Außerdem hat es den 38jährigen immer schon gereizt, etwas Neues zu machen. Schon deshalb stürzt sich der beurteilte Richter in die Arbeit des Untersuchungsausschusses.

Während die Wahlkämpfe zu den Europa- und Kommunalparlamenten laufen, die Landtags- und Bundestagswahl von langer Hand vorbereitet werden, wühlen sich Heinz Lanfermann und die elf Ausschußmitglieder in diesen Wochen durch einen Wust von Akten. „Alle Fraktionen zeigen guten Willen, daß wir möglichst schnell mit der Arbeit fertig werden“, lobt der Ausschußvorsitzende. Und daß er im Aktendschungel nicht die Übersicht verliert, dafür fühlt sich Heinz Lanfermann gut gerüstet. „Politiker und Richter müssen logisch denken und fachlich urteilen können“, zieht der Abgeordnete Parallelen zwischen seinen bisherigen Berufen. Und ein Urteil steht für den mehrfach geforderten Politiker Lanfermann längst fest. „Der neue Landtag als Haus der langen Wege kostet viel Zeit“, fühlt sich der F.D.P.-Abgeordnete schlecht behandelt vom Landtagspräsidenten, der die Liberalen in die hintersten Winkel des Parlamentsgebäudes abgeschoben hat. Aber auch hier bleibt Lanfermann Optimist. „Wenn bei der Landtagswahl 1990 weniger Sozialdemokraten ins neue Parlament einrücken, werden die Liberalen wohl endlich in die Nähe der eigenen Fraktionsräume ziehen können“.

Wilfried Goebels